

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1911

241 (31.8.1911) Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt.

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen.

Anzeigen:
die einpaletige Bettelzettel
oder deren Raum 20 Pf.
Reklameweise 45 Pf.
Abgabezeit:
größere Anzeigen bis
spätestens 12 Uhr mittags,
kleinere bis 4 Uhr
nachmittags.
Fernsprechanstöße:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 2994.

Bezugspreis:

Direkt vom Verlag vier-
täglich M. 1.60 ein-
schließlich Zeitungslin:
abgeholt in d. Expedition
monatlich 50 Pfennig.
Durch die Post zugestellt
vierteljährlich M. 2.25, abgeh.
am Postschalt. M. 1.80.
Einzelnnummer 10 Pf.

Redaktions-Expedition:
MitterstraÙe Nr. 1.

Zweites Blatt

Begründet 1803

Donnerstag, den 31. August 1911

108. Jahrgang

Nummer 241

Prinz Eitel Friedrich — Statthalter von Pommern.

Man schreibt uns aus Berlin: Die Provinz Pommern hat im Rahmen der preußischen Provinzen keine große Bedeutung. Sie kann nicht, wie die Provinz Brandenburg, sich rühmen, daß sie den ersten Kern der Hohenzollernherrschafft im Norden bildete, aus dem sich das spätere Kurfürstentum Brandenburg entwickelte. Sie kann auch nicht, wie Ostpreußen, für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Hohenzollern die Königskrone und ihrem bisherigen Gebiet den Namen verlieh, und sie kann sich schließlich nicht mit gewissen im Westen der preußischen Monarchie gelegenen Landesteilen vergleichen, die in erster Linie zur Großmachtstellung Preußens das ihrige beigetragen haben. Pommern hat eben nach dem Aussterben seiner Herzöge (1837) auf Grund von Erbverträgen an das Haus Brandenburg, war aber in seiner Gesamtheit bis zum Jahre 1814 infolgedessen ernstlich umstritten, als Frankreich seine Besitznahme durch den Großen Kurfürsten zu verhindern bemüht war, und auch Schweden, Dänemark und die Provinz Schlesien, die Preußen eroberte, wie z. B. die Provinz Sachsen, nach dem Wiener Frieden in definitiven Besitz nehmen konnte. Bekannt ist ihre Treue, mit der die Pommern an den angefallenen Herzogsgeschlechtern hingen, und die sie auf die Hohenzollern übertrugen. Groß ist auch der Reichtum des Landes an gefunden und guten Soldaten, sowie an tüchtigen, wenn auch jumeist auf agrarischem Boden stehenden Landwirten.

Solche Eigenschaften in der jungen Provinz zu finden, mußte natürlich den Hohenzollern in jeder Beziehung erwünscht sein. Sie zeichneten denn auch die Provinz in jeder Weise aus. Nicht nur dadurch, daß sie sich im alten Grafenstamme zu Stettin nur Herzöge nennen ließen und lassen, sondern auch dadurch, daß sie, gleichsam als sei Pommern nicht ein integrierender Bestandteil des preußischen Staates und Deutschen Reiches, von Zeit zu Zeit Statthalter aus der Reihe der Prinzen des königlichen Hauses ernannten. So ist Prinz Eitel Friedrich der vierte Hohenzollern, der in Stettin seines Amtes als Statthalter Pommerns walten wird, während es bisher nur Kronprinzen waren, die, wie der nachmalige König Friedrich Wilhelm IV., der nachmalige Kaiser Wilhelm I. und der nachmalige Kaiser Friedrich III., als Statthalter in das alte Schloß der pommernischen Herzöge einzogen. Die Statthalterhaft in Pommern bedeutet eine Einreue, mit deren Befugung ein alter Wunsch der Pommern und speziell der Stettiner erfüllt wird.

Allerdings, seine Ernennung stellt den Prinzen über den Oberpräsidenten und den ihm gleichgeordneten kommandierenden General. Und doch ist Prinz Eitel Friedrich, der jetzt im 29. Lebensjahre steht, nominell nur Major und Kommandeur der Leib-establon im Leib-Garde-Hufarenregiment. Er wird wahrscheinlich jetzt zum Obersten und Kommandeur des Stettiner Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm IV. Nr. 2, bei dem er bereits a la suite steht, aufsteigen, aber auch das bestreitet nicht den Zweifel, wie er zwischen dem Oberpräsidenten und dem kommandierenden General auf der einen Seite und dem ihm als Statthalter vorgelegten, als Oberst aber in der militärischen, sowie bürokratischen Rangordnung untergebenen Prinzen auf der anderen Seite bestehen wird.

Als eine weitere Statthalterhaft kommt die Provinz Pommern in Betracht, wo man ja schon für einen der kaiserlichen Prinzen ein Schloss erbaut hat. Sah doch Polen schon einmal einen Statthalter in der Person des Fürsten Anton Radziwill (1815).

Die türkische Ministerkrise.

Schon als der erste Jubel über den Erfolg der Revolution und Gegenrevolution bei der jungtürkischen Partei verhallt war, setzen sich in ihr recht bedeutende Anzeichen der Krise. Und diese, die zu zahlreichen Ministerkrisen Anlaß geben, sind bis heute geblieben und haben auch wieder die letzte türkische Ministerkrise verursacht. Zwar gelang es Ende Dezember 1910, eine gewisse Einheitsfront des Kabinetts herzustellen, aber schon im Anfang dieses Monats kriselte es wieder, und heute sind wir glücklicherweise, daß der Großwesir und Premierminister Hattis seine Demission einreichen will. Der Sultan hat nun allerdings, als ihm Hattis seine Demissionseigenen unterbreitete, erklärt, daß er mit dergleichen unerwarteten Dingen nicht im Anschluß an das große Kamaqandiner befaßt zu werden wünsche, und daher die Entscheidung über Gehen und Bleiben Hattis, wegen ihrer großen Tragweite verschoben. Aber da Hattis geäußert hat, daß er die Sache fast habe und nicht mehr in der Lage sei, bei der großen Uneinigkeit im Kabinett weiter zu arbeiten, so dürfte er sich auch durch Zureden des Sultans kaum veranlaßt sehen, Premierminister zu bleiben.

Wie es heißt, haben die äußeren Veranlassungen der jetzigen Ministerkrise nur in Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kriegsminister Rahmud Schewket und dem Ministerpräsidenten und Minister des Außenwesens Hattis, sowie den Reformministern Hattis (Inneres) und Rail (Finanzen) bestanden. Die Differenzen, die aber auf ganz verschiedenen Gebieten lagen. Der innere Grund der Krise ist aber jedenfalls tiefer zu suchen, und zwar darin, daß Ende Dezember vorigen Jahres das Kabinett Hattis sich noch immer nicht in der Jungtürkischen Partei herrschenden Hauptströmung völlig angepaßt hatte, indem es die radikalen Hattis und Rail beibehielt. Denn, wie allgemein bekannt, ist die Partei für Einheit und Fortschritt in

sich nicht einig. Die einen, als deren Hauptführer Schewket Pascha gelten kann, setzen sich aus Elementen des durch und durch nationalen, charaktervollen u. zielbewußten Jungtürkentums zusammen, das im türkischen Sinne liberal ist, sich aber eine direkte Verpflanzung westeuropäischer und namentlich Pariser Ideen in die Türkei verbittet, weil es nicht mit Unrecht der Ansicht ist, daß sich eines nicht für alle schicke. Ihr Hauptbestreben ist daher darauf gerichtet, die Türkei erst zu einer militärischen im Sinne der europäischen Staaten gewachsenen Großmacht auszugestalten, so daß es kaum verwunderlich ist, daß hinter diesen liberalen „Mittler“ die Intelligenz in der Armee und im Volk steht, da sie der Ansicht sein müssen, daß mit einer einheitlichen Entwidlung der Türkei im westeuropäischen Sinne absolut nichts gewonnen ist, so lange man es nicht verstanden hat, die politischen Errungenschaften den historischen türkischen Verhältnissen anzupassen und für ein gemeinsames kulturelles und nationales Niveau zu sorgen.

Anders dagegen das Jungtürkentum, das am besten durch die Persönlichkeit des früheren Finanzministers Schewket Bei charakterisiert wird. Es will in kürzester Zeit alles, was in der Türkei historisch geworden ist, und deshalb auch seine Berechtigung hat, umfassen, um den in Paris aufgenommenen Ideen Geltung zu verschaffen. Die Türkei soll um jeden Preis, sobald als möglich, modernisiert und fransösiert werden. Dieses radikale Jungtürkentum, das sich hauptsächlich auf die kleinbürgerliche Bevölkerung und namentlich auf die Juden stützt, und das auch bei einzelnen der Nationalitäten z. B. bei den Griechen und Armeniern, wegen seiner radikalen freiheitlichen Tendenzen Anklang gefunden hat, hätte aber niemals soviel Ansehen im Osmanischen Reich erlangen, wenn es nicht über sonst ganz vorzügliche Staatsmänner und Agitatoren verfügte, von denen wir hier nur Hattis, Talat und Halabizian nennen wollen, die mit vielen anderen im Parlament eine große Rolle spielen. So besteht nach wie vor dieser Gegensatz innerhalb der jungtürkischen Partei, der ärtlich durch die Namen Konstantinopel (Schewket) und Saloniki (Hattis) getrennt wird, und der auch im Parlament, wo die radikalen Jungtürken die Mehrheit haben, recht deutlich zutage tritt.

Der Großwesir Hattis und mehr noch der Kriegsminister Schewket, freiben nun darnach, die türkische Reichspolitik von dem Einfluß des Saloniki Komitees zu befreien und dem gemäßigten, das es scheint, auch im Volke so vielen Sympathien, das die gemäßigten Jungtürken auszubilden als den radikalen entgegen angesehen werden müssen. Das scheint ihnen nun den Rücken dafür gestärkt zu haben, die radikalen Mitglieder aus dem Kabinett entfernen zu wollen, wobei der temperamentvolle Schewket ohne Wissen Hattis wahrscheinlich mit dem Minister des Innern

und dem Finanzminister einen Streit vom Zaune brach, sich dadurch mit Hattis verfeindete und ihm die Ministerpräsidentenstellung vollends vererbte. Ob er das tat, weil er selbst nach dem Großwesir, wenn nicht nach der Dittatur, strebte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls würde der Sultan, wenn er hinter dem die ganze Armee steht, aus inneren und äußeren Gründen, kaum zum Großwesir machen, und hätte er die Türkei nicht in einen Bürgerkrieg führen und sich mit Griechenland in einen Krieg um Kreta einlassen. Auch hat der Sultan auf die Parlementsmeinung der radikalen Jungtürken Rücksicht zu nehmen.

So stehen die Affen Rahmud Schewket, der eben nur als Kriegsminister zu brauchen ist, anscheinend schlecht, wenn auch ohne ihn kein Ministerium gebildet werden dürfte. Denn aber die Bildung des neuen Kabinetts, das jedenfalls wieder ein gemischtes sein würde, amertun wird, liegt vorerst ebenso im dunkeln, wie die Verteilung der Ministerposten zwischen die beiden Richtungen der jungtürkischen Partei. Aber mag sich auch die Bildung des neuen Kabinetts noch so sehr verzögern, oder vielleicht sogar Hattis Pascha als Großwesir beibehalten werden, das eine ist jedenfalls sicher, daß die beiden jungtürkischen Parteien ihre Meinungsverschiedenheiten endlich einmal austragen müssen, soll es Wirklich in der Türkei vorwärtsgehen und das Land nicht durch innere Kriege andauernd erschüttert werden. Denn auch in der Türkei geht es nicht an, daß man ein Pferd vorne an den Kabinettswagen spannt und das andere an sein hinteres Ende.

Rundschau.

Sozialdemokratisches Lob auf die deutsche Arbeiterversicherung.

Auf dem badischen sozialdemokratischen Parteitag in Offenburg erklärte Abg. Kolb „Volksfreund“ in seiner Rede gegen den Reichstagsabg. Ged, dem wegen seiner Opposition gegen die badische Richtung der Sozialdemokratie allerlei am Zeuge gestiftet wurde: „Ged meint, wir hätten die Gemeindeform ablehnen müssen genau so, wie die Reichstagsabgeordnete seinerzeit die sozialen Gesetze abgelehnt hätte. Würden wir heute vor der Abstimmung über diese Gesetze stehen, wir würden uns die Ablehnung sehr überlegen. Und eine Ablehnung unter den deutschen Arbeitern würde sicher ergeben, daß sie nicht die Zustände vor der sozialen Gesetzgebung zurückwünschen.“

Wiso scheint die soziale Gesetzgebung denn doch nicht so ganz wertlos gewesen zu sein. Aber wir erinnern

Depeschedienst des „Karlsruher Tagblattes“

Abdruck und Weiterverbreitung unserer mit Korrespondenzstellen versehenen Meldungen ist nur mit dem Heft der Karlsruher Tagblattes gestattet.

Maßnahmen gegen den Antimilitarismus?

p. Berlin, 30. Aug. Wie uns mitgeteilt wird, ist an zünftiger Stelle davon nichts bekannt, daß Erwägungen darüber stattfinden, ob der Schutz der bestehenden Gesetze bei Aufforderungen zum Landesverrat ausreicht. Es wurde bekanntlich jüngst gemeldet, daß aus Anlaß der von den Sozialdemokraten geübten Taktik, zur passiven Resistenz der Wehrleute im Mobilisierungsfalle aufzureizen, neue legislatorische Vorbeugungsmaßnahmen dem Reichstage vorgelegt werden sollen.

Neue Automobile für die Heeresverwaltung.

n. Berlin, 30. Aug. Die Verteilung der neuen Automobile für die Heeresverwaltung haben vor kurzer Zeit bei der Fahrzeugfabrik Eisenach zwei neue Automobile in Auftrag gegeben. Es handelt sich um ein 17-40 P.M.-Personenautomobil und ein Lastauto von 50 Zentimetern Hubhöhe. Dieses Lastauto erhält dadurch ein hervorragendes Interesse, daß es mit einer besonderen für Heereszwecke hergerichteten Omnibuskarosse zur Beförderung von Truppen versehen ist.

Die Metall-Industriellen.

m. Berlin, 30. Aug. In der heute hier abgehaltenen Ausschussung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wurde folgender Besluß gefaßt: Nach Kenntnisnahme des eingehenden Berichts über den Stand der Differenzen in der Metallindustrie des Leipziger Bezirks und über die am 26. August d. J. zur Unterstützung des Leipziger Bezirksverbandes vorgenommenen Sympathieausparungen seitens des Karlsruher Bezirks Metallindustrieller beschließt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschließt den Ausschuss des Gesamtverbandes, zunächst den weiteren Verlauf der derzeit noch schwebenden Verhandlungen abzuwarten und nach deren Abschluß Stellung zu den einzelnen Forderungen zu nehmen. Er erklärt, daß vor allem der Abschluß von Tarifverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen unter keinen Umständen zugestanden werden dürfen. Sollten die Arbeitnehmer an dieser oder einer anderen der Bestimmungsfähigkeit der Metallindustrie untergebundenen Forderungen festhalten, so würde der Gesamtverband geschlossen hinter den Bezirksverband stehen. Ebenso beschließt der Ausschuss des Gesamtverbandes, dem Thüringischen Bezirksverbande seine volle Unterstützung gegen anderweitige Forderungen der Arbeitnehmer zuteil werden zu lassen.

Die Cholera in Italien.

Rom, 30. Aug. (Privatmeldung des „R. L.“) Die Regierung gibt eine offizielle Note heraus, wonach

die Cholera in Italien überall im Erscheinen ist. In der Provinz Calabria sind sporadische Erkrankungsfälle aufgetreten, jedoch liegt keine Gefahr vor. Die behördlichen Maßnahmen gegen die Cholera sollen jedoch weiter in Kraft bleiben, um die Verhütung der Bevölkerung herbeizuführen. Bei den Cholerafällen in Verbicaro bei Cosenza sind vier Personen getötet und über 14 schwer verletzt worden.

Japanisch-russisches Bündnis.

Neupost, 30. Aug. (Privatmeldung des „R. L.“) „Coventry“ meldet aus Tokio den Abschluß einer russisch-japanischen „Entente“. Der Vertrag sei in den letzten Tagen fertig geworden und stelle eine Rückversicherung Japans dar infolge der Abschwächung des japanisch-englischen Bündnisses. Auch „Telegraph“ bringt eine gleichlautende Nachricht.

Unruhen in Portugal.

Lissabon, 30. Aug. (Privatmeldung des „R. L.“) Die Regierung hat über Chaves das Kriegsrecht verhängt und zwei Regimenter nach dort entsandt zur Wiederherstellung einer royalistischen Aktion.

Vom persischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 30. Aug. (Privatmeldung des „R. L.“) Der in Bakrußch (Persien) eingetroffene Korrespondent der Petersburger Agentur hat sich überzeugt, daß in Bakrußch und Umgebung Ruhe herrscht. Die Truppen des Schahs haben die natürlichen, uneinnehmbaren Positionen von Samaduh besetzt. Infolge des Abletritts der Schahswenigen zu Rohamed Ali und dessen Prosklamation zum Schah von Persien marschiert der Gouverneur von Marach auf Tabris. Die persische Handelskammer in Tabris ist zum Komitee der öffentlichen Sicherheit konstituiert worden. Die Verhaftungen von der Anhängerschaft Mohammed Ali verdächtigen Personen haben von neuem begonnen. Die Unklarheit der Lage schädigt die Intervention nachgeseht. In Urmiya sind die Verluste Bagir-Chans, die Bevölkerung gegen den Erichab aufzuheben, sehngelagert. Aus Urmiya wird gedröhrt, die türkischen Truppen bewegen sich aus den von ihnen besetzten Bezirken nach Osten zu.

Weitere Nachrichten unter Letzte telegraphische Meldungen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

uns noch der Zeit — beispielsweise bei der Reichstagswahlbewegung 1903 in Karlsruhe —, wo die Arbeitervereinigungen als „Bettelgruppe“ bezeichnet wurde.

Zum deutschen Flottengesetz.

Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ hat sich beim Präsidenten des „Deutschen Flottenvereins“ nach seiner Ansicht über die Hamburger Reichstagsrede erkundigt und darauf folgende Antwort bekommen: „Meines Erachtens läßt die Reichstagsrede zunächst nicht die Ansicht zu, daß die deutsche Flotte über den Stand des Flottengesetzes erweitert werden soll. Dem Wunsch aller national gesinnten deutschen Männer aber würde es entsprechen, daß unsere Flotte zur Erfüllung der vom Kaiser gestellten Aufgaben genügend stark sei.“

Preussische Eisenbahnreform.

ei. Lieber die preussischen Personenwagen, besonders diejenigen vierter Klasse, wird vom Publikum vielfach geklagt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß ab 1. Oktober d. J. diese Wagen wesentliche Verbesserungen erhalten werden. So wird die Zahl der Sitzplätze von 22 auf 44 erhöht; jeder Wagen erhält Abortanlage mit Wasserspülung, ferner Raucher- und Nichtraucherabteile. Die Wagen werden mit Linoleum belegt und alle Abteile mit Pintschglühlicht beleuchtet; außerdem erhalten sämtliche Türen Selbstschließer. In den D-Zugwagen werden von jetzt ab alle Abortanlagen an die Außenseite verlegt, um einen besseren Luftzug zu ermöglichen.

Die Militärflieger beim französischen Manöver.

Der Berichterstatter des „Temps“ meldet über die gegenwärtig bei Verdun stattfindenden Manöver, daß insbesondere die Leistungen der Militärflieger großen Eindruck gemacht haben. Die Photographien, die diese heute morgen über Toul aus einer Höhe von 1200 Metern und bei einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern aufgenommen hätten, sowie ihre Mitteilungen über die bei Toul getroffenen Maßnahmen riefen bei ihrer Genauigkeit allgemeine Bewunderung hervor. Was die Photographien anlangte, müsse man sich fragen, was im Kriegsfall geschehen würde, wenn eine Armee über die andere solche Befehle. Im übrigen, fügte der Berichterstatter hinzu, lasse ich es nicht nehmen, daß in diesem Fall Toul eigentlich Meß bedeuten soll. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß alle drei Flugzeuge den Befehlen gemäß über einen Ballon hinwegflogen, der infolge dessen dem Manöverthema gemäß als verrichtet angesehen wurde.

Graf Pofadomsky über den englischen Eisenbahnverkehr.

Graf Pofadomsky ist von einem Korrespondenten der „Daily Mail“ über die Stärke und Schwäche Englands, wie sie bei den letzten Arbeiterunruhen herorgetreten ist, interviewt worden. Der frühere Staatssekretär kommt zu dem Schluß: Das moderne ökonomische Leben hat einen solchen Reichtum an politischen, ökonomischen und sozialen Problemen geschaffen und schafft sie täglich, daß es fraglich wird, ob Englands etwas patriarchalische Regierungsform, die sich historisch aus viel einfacheren Verhältnissen entwickelt hat, in allen Fällen den Bedürfnissen des heutigen öffentlichen Lebens entspricht. Es ist eine Frage, ob, um diese schwierigeren Probleme zu einer Zeit zu bewältigen, wo die ökonomischen Interessen der Kern alles politischen Kampfes sind, Englands losse organisierten, dezentralisierten, sich selbst regulierenden Institutionen nicht erfahrenen und so daten-Verwaltungsbehörden weiden sollten. Gewisse Zweige des modernen ökonomischen Lebens sind von so vitaler Wichtigkeit für die Wohlfahrt und Entwicklung einer Nation, daß der Staat als Vertreter der ganzen Gesellschaft in der Lage sein muß, einen kontrollierenden Einfluß über sie auszuüben. Öffentliche Einrichtungen wie die Eisenbahnen müssen daher entweder Eigentum des Staates sein, oder der Staat muß das Recht besitzen, entscheidend in ihre Verwaltung einzugreifen. Die administrative Autorität des Staates muß im Interesse der großen Masse des Volkes umfassend gestärkt werden. Die alten Formen einer uneingeschränkten Selbstregierung und die unbeschränkte wirtschaftliche Unabhängigkeit besonders auf Tätigkeitsgebieten, von denen das Leben der Nation absolut abhängt, müssen verschwinden. Die Freiheiten des Volkes brauchen nicht eingeschränkt zu werden; nur die Rechte des Staates müssen erweitert werden. Die englische Regierung hat bis jetzt nicht verstanden, sich so zu modernisieren, wie es einem so mächtigen industriellen Staate obliegt, einem Lande ohne einen Bauernstand, den stärksten Anker eines jeden Staatschiffes.“

Türkische Zollbehandlung der Warenmuster.

Zwischen dem kaiserlichen Geschäftsträger in Konstantinopel und der türkischen Regierung hat, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ mittelt, ein Notenwechsel über die Zollbehandlung der von Handlungsreisenden eingeführten Warenmuster stattgefunden. Auf Grund dieser Vereinbarung werden fortan die von deutschen Zollbehörden an den nach der Türkei einzuführenden Warenmustern angebrachten Identitätszeichen von den türkischen Zollbehörden anerkannt werden. Die Einfuhr von Warenmustern erfolgt auf Grund einer von der deutschen Zollbehörde beglaubigten oder von türkischen Einfuhrzollamt zu errichtende schriftliche Deklaration in doppelter Ausführung, wovon ein Exemplar dem Handlungsreisenden weiterhin als Legitimation gegenüber den übrigen Zollämtern dient und bei dessen Vorweisung ihm bei der Wiedereinfuhr der Muster, die innerhalb 6 Monaten zu erfolgen hat, der bei der Einfuhr zur Sicherheit hinterlegte Zollbetrag ohne Abzug zurückvergütet wird.

